



Ausländer begehen mehr Straftaten als Schweizer. Macht die Herkunft also kriminell? Oder ist das eine von der SVP geschürte Angst?

THINK STOCK

Achtung, Ausländer! – Wirklich?

Nicht der Pass bestimmt, ob jemand kriminell wird – mit einer Ausnahme

VON JONAS SCHMID

«Endlich mehr Sicherheit!» Mit diesem Slogan wirbt die SVP für ihre Durchsetzungsinitiative. Ihr Rezept: Ausländer, die eines schweren Verbrechens für schuldig befunden oder wiederholt wegen eines geringfügigen Delikts verurteilt wurden, sind auszuschaffen. Die Massnahme ist hart, wirke aber abschreckend auf die hierzulande ansässigen Ausländer, sagen Politiker der grössten Schweizer Partei. Sie suggerieren damit, Ausländer seien krimineller als Schweizer.

Problemfall junger Mann

Prima vista stützen die Zahlen des Bundesamtes für Statistik diesen Befund: 37 487 Schweizer und 41 582 Ausländer wurden 2014 einer Straftat beschuldigt – obschon sie nur 25 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Doch die Zahlen werden der Realität nicht gerecht. Zum einen gibt es «den Ausländer» nicht. Deutsche Ärzte, portugiesische Gastarbeiter und syrische Flüchtlinge lassen sich nicht in einen Topf werfen. Zum anderen, so Christian

Walburg, Kriminologin an der Universität Münster, seien die wichtigsten Merkmale «Alter, Geschlecht und soziale Teilhabe».

Männer und Frauen sind in der Bevölkerung etwa gleich stark vertreten. Ein Blick in die Kriminalstatistik aber zeigt: 76 Prozent aller einer Straftat Verdächtigten sind Männer, nur 23 Prozent Frauen. Junge verstoßen häufiger gegen das Gesetz: «Weltweit begehen junge Männer die meisten Delikte», sagt André Kuhn, Professor für Kriminologie und Strafrecht an den Universitäten Neuenburg und Genf. In der Schweiz begehen unter 35-Jährige etwa die Hälfte aller Straftaten – dabei machen sie bloss etwa 30 Prozent der Bevölkerung aus. Walburg: «Die allermeisten Jugendlichen testen im Rahmen ihrer Sozialisation Grenzen und begehen Bagatelldelikte.» Nur selten entstehen daraus kriminelle Karrieren.

Schliesslich hängt – auch bei Schweizern – das Kriminalitätsrisiko vor allem mit Bildung, Integration und sozialer Herkunft zusammen. Überproportional viele Straftaten gehen auf das Konto von Angehörigen unterer sozialer Schichten.

Der typische Delinquent ist ein junger, wenig gebildeter Mann, der am Rande der Gesellschaft lebt. Dieser Typus ist in der migrantischen Gesellschaft statistisch häufiger anzutreffen als in der einheimischen. Vor allem junge Männer suchen ihr Glück in der Fremde. Auch ist der durchschnittliche Schweizer besser gebildet und hat ein höheres Einkommen.

Schweizer sind nicht die Bravsten

Weiter gilt: Die Risikofaktoren verteilen sich ungleich auf verschiedene Immigrantengruppen. Männer aus Afrika kassieren etwa sechsmal mehr Strafanzeigen als Schweizer. Doch in der Schweiz lebende Briten, Holländer und Dänen geraten mit dem Gesetz noch weniger in Konflikt als die Schweizer.

Der Zusammenhang zwischen der Farbe des Passes und Kriminalität trägt. Kriminologin Kuhn illustriert dies so: Erwachsene, die grösser als 1,75 Meter sind, begehen häufiger Straftaten, als solche mit geringerer Körpergrösse. Dieser Erkenntnis aus der Kriminalitätsstatistik liegt zugrunde, dass Grossgewachsene hauptsächlich Männer

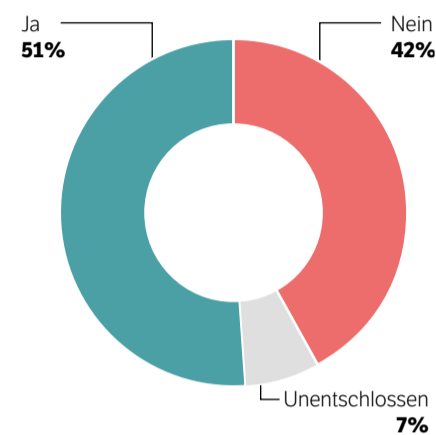
sind. Männer begehen wiederum die meisten Straftaten. Dass Erwachsene mit einer Körpergrösse von über 1,75 häufiger kriminell sind, hat nichts mit der Grösse, sondern vielmehr mit dem Geschlecht zu tun. Niemand käme auf die Idee, Kriminalität mit Wachstumshormonen zu bekämpfen.

Hat die kulturelle Herkunft tatsächlich keinen Einfluss auf die Kriminalität? Doch. Eine Ausnahme gibt es. Bei Flüchtlingen, die aus Kriegsgebieten stammen, reichen Geschlecht, Alter, Bildung und soziale Teilhabe nicht aus, um ihr Kriminalitätsrisiko zu erklären. Verantwortlich dafür ist eine gewisse «Verrohung»: Sind Gewalt, Folter und Hinrichtungen in einem Staat an der Tagesordnung, kann dies auf den einzelnen Bürger enthemmend wirken. Deswegen laufen Bürger aus Konfliktgebieten Gefahr, im kleinen Massstab selber gewalttätig zu werden und die Gewalt in ihr Gastland zu exportieren.

Abstimmungsumfrage Knappes Rennen um SVP-Initiative

Die Ausgangslage für die nächste Abstimmung verspricht Spannung. Insbesondere bei der Durchsetzungsinitiative: Laut einer SRG-Trendumfrage würden aktuell 51 Prozent der Stimmenden ein Ja in die Urne legen, 42 Prozent sind dagegen, der Rest noch unentschieden. Die Forscher des Instituts GFS Bern um Claude Longchamp wagen angesichts der Werte aber keine Prognose zum Ausgang der Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative.

DURCHSETZUNGSINITIATIVE

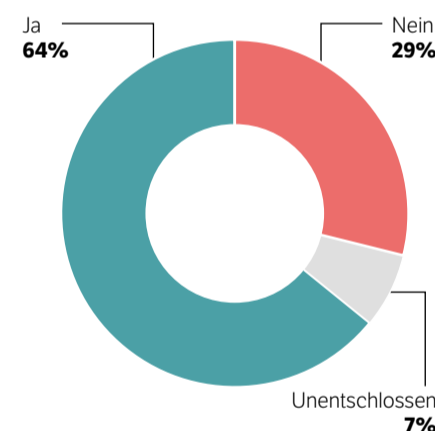


QUELLE: SRG-TREND/GFS BERN, BEFRAGT WURDEN 793 PERSONEN VOM 11. BIS 15. JANUAR 2016

GRAFIK: NCH/MTA

Freuen dürfen sich die Befürworter der 2. Gotthard-Strassenröhre: Aktuell würden 64 Prozent der teilnahmeberechtigten ein Ja in die Urne legen, 29 Prozent wären dagegen. Ein Ja zur Vorlage sei am wahrscheinlichsten, heisst es im Bericht zur Umfrage. Ein Nein könne aber noch nicht ganz ausgeschlossen werden.

ZWEITE GOTTHARDRÖHRE



QUELLE: SRG-TREND/GFS BERN, BEFRAGT WURDEN 793 PERSONEN VOM 11. BIS 15. JANUAR 2016

GRAFIK: NCH/MTA

Die Resultate zur Abschaffung der Heiratsstrafe scheinen deutlich: 67 Prozent würden die CVP-Initiative annehmen, 21 Prozent sind dagegen. Doch GFS wagt keine Prognose, da die Kampagnen erst starten.

Bei der Juso-Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» (48 Prozent Ja, 39 Prozent Nein) deuten die Resultate auf Annahme. Dennoch gehen die Forscher letztlich von einem Nein aus, weil die Argumente der Gegner ihre Wirkung erst noch entfalten würden. (SDA)

Freisinnige Müh bei eigenen Anhängern

Die Gegner der Durchsetzungsinitiative liegen nur knapp zurück. Doch Chancen haben sie bloss, wenn die FDP ihre Basis von einem Nein überzeugen kann.

VON DENNIS BÜHLER

Die Gegner der Durchsetzungsinitiative können wieder hoffen: Nachdem erste Online-Umfragen zur Annahme verleitet hatten, die SVP habe die Abstimmung schon Wochen vor dem 28. Februar so gut wie gewonnen, zeigt die gestern veröffentlichte erste Trendumfrage des Instituts GFS Bern ein anderes Bild. Das Rennen ist offener als erwartet (siehe Text rechts).

Soll die Durchsetzungsinitiative gebodigt werden, ist primär die FDP gefordert. Ein Blick auf die Stimmbeteiligung nach Parteibindung nämlich zeigt, dass die Vorlage bei ihren Anhängern Unterstützung erfährt. 46 Prozent jener, die sich zum freisinnigen Lager zählen, wollen in fünf Wochen Ja, bloss

42 Prozent Nein stimmen. Das, obwohl die Partei vor einer Woche an ihrer Delegiertenversammlung mit 263:8 Stimmen überdeutlich die Nein-Parole beschloss.

«Nur eine Momentaufnahme»

Wie passt das zusammen? Politisiert die FDP an der eigenen Basis vorbei? Überhaupt nicht, findet Philipp Müller. Der Parteipräsident und Aargauer Ständerat weist darauf hin, dass die Umfrage in der Woche vor der Delegiertenversammlung durchgeführt worden sei. «Diese Momentaufnahme ist überholt.» An der Versammlung habe der Solothurner Nationalrat Kurt Fluri mit seiner Rede die Basis von einem Nein zur SVP-Initiative überzeugen können.

Der Ausserrhodener Ständerat Andrea Caroni ergänzt, die intensive Phase des Abstimmungskampfes beginne jetzt erst: «Bei kantonalen Versammlungen werden wir unsere Mitglieder in den nächsten Wochen noch von einem Nein überzeugen können.»

Die jüngere Geschichte freilich zeigt, wie schwierig dieses Unterfangen werden dürfte: Obschon die Partei zur Ablehnung auf-



«Um Geld lockerzumachen, sind wir am Stürme bei der Wirtschaft. Aber es harzt.»

Philipp Müller
FDP-Präsident und
Aargauer Ständerat

gerufen hatte, legten 2010 bei der Ausschaffungsinitiative mit 51 Prozent mehr als die Hälfte der FDP-Anhänger ein Ja in die Urne – und verhalfen der Vorlage so zur knappen Annahme (52,9 Prozent).

Auch bei der hauchdünnen Annahme der Masseneinwanderungsinitiative war die fehlende Parolentreue der Freisinnigen vor zwei Jahren ausschlaggebend. Obwohl das Vorhaben, das seither die Schweizer Beziehungen zur EU belastet, an der Delegiertenversammlung mit 277:4 Stimmen abgelehnt worden war, legten 40 Prozent der FDP-Sympathisanten ein Ja in die Urne.

Damit sich dieses Szenario nicht wiederholt, wollen Müller und Caroni jetzt zum Schlusspunkt ansetzen. Man versuche, eine Kampagne auf die Beine zu stellen, die diesen Namen auch verdiene, sagen beide unisono. «Um Geld lockerzumachen, sind wir nach wie vor am Stürme bei der Wirtschaft», so Präsident Müller. «Aber es harzt.» Dies bedauert auch FDP-Vizepräsident Caroni: Zwar warne auch die Wirtschaft vor einem Ja, sagt er. «Leider aber möchte kaum jemand für die Kampagne zahlen.»

Ein Dossier mit weiteren
Artikeln zu den Vorlagen
finden Sie online.

INSERAT

Ulrich Giezendanner
Nationalrat SVP
Aargau

«Wegen Frontalkollisionen starben seit 2001 im Gotthard-Strassen-tunnel 18 Menschen. Solche Todesfälle sind mit richtungsgetrennter Verkehrsführung in zwei Tunneln zu verhindern. Schon deshalb Ja zur Gotthard-Sanierung mit einer zweiten Röhre.»

gotthard tunnel sicher ja

gotthard-tunnel-ja.ch

Überparteiliches Komitee «Gotthard Tunnel sicher JA» 3001 Bern